

Seignepreis:
Bestellpreis 30.—, monatlich 10.—, wochentlich 3.—, vierteljährlich 27.—, halbjährlich 54.—, jährlich 108.—. Die Zusendung ist im Preis inbegriffen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16/9 P., für das übrige Ausland per Taglich einmal, Postkarte 21/50 P. Bestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Italien, Norwegen, Schweden und die Schweiz. — Einsetzen in die Postanstalten Deutschlands.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 4. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die achtseitigen Anzeigenblätter von 12-14 Zeilen zu 50 Pf., „kleine Anzeigen“ von 1-11 Zeilen zu 20 Pf., 12-14 Zeilen zu 30 Pf., 15-19 Zeilen zu 40 Pf., 20-24 Zeilen zu 50 Pf., 25-29 Zeilen zu 60 Pf., 30-34 Zeilen zu 70 Pf., 35-39 Zeilen zu 80 Pf., 40-44 Zeilen zu 90 Pf., 45-49 Zeilen zu 100 Pf., 50-54 Zeilen zu 110 Pf., 55-59 Zeilen zu 120 Pf., 60-64 Zeilen zu 130 Pf., 65-69 Zeilen zu 140 Pf., 70-74 Zeilen zu 150 Pf., 75-79 Zeilen zu 160 Pf., 80-84 Zeilen zu 170 Pf., 85-89 Zeilen zu 180 Pf., 90-94 Zeilen zu 190 Pf., 95-99 Zeilen zu 200 Pf., 100-104 Zeilen zu 210 Pf., 105-109 Zeilen zu 220 Pf., 110-114 Zeilen zu 230 Pf., 115-119 Zeilen zu 240 Pf., 120-124 Zeilen zu 250 Pf., 125-129 Zeilen zu 260 Pf., 130-134 Zeilen zu 270 Pf., 135-139 Zeilen zu 280 Pf., 140-144 Zeilen zu 290 Pf., 145-149 Zeilen zu 300 Pf., 150-154 Zeilen zu 310 Pf., 155-159 Zeilen zu 320 Pf., 160-164 Zeilen zu 330 Pf., 165-169 Zeilen zu 340 Pf., 170-174 Zeilen zu 350 Pf., 175-179 Zeilen zu 360 Pf., 180-184 Zeilen zu 370 Pf., 185-189 Zeilen zu 380 Pf., 190-194 Zeilen zu 390 Pf., 195-199 Zeilen zu 400 Pf., 200-204 Zeilen zu 410 Pf., 205-209 Zeilen zu 420 Pf., 210-214 Zeilen zu 430 Pf., 215-219 Zeilen zu 440 Pf., 220-224 Zeilen zu 450 Pf., 225-229 Zeilen zu 460 Pf., 230-234 Zeilen zu 470 Pf., 235-239 Zeilen zu 480 Pf., 240-244 Zeilen zu 490 Pf., 245-249 Zeilen zu 500 Pf., 250-254 Zeilen zu 510 Pf., 255-259 Zeilen zu 520 Pf., 260-264 Zeilen zu 530 Pf., 265-269 Zeilen zu 540 Pf., 270-274 Zeilen zu 550 Pf., 275-279 Zeilen zu 560 Pf., 280-284 Zeilen zu 570 Pf., 285-289 Zeilen zu 580 Pf., 290-294 Zeilen zu 590 Pf., 295-299 Zeilen zu 600 Pf., 300-304 Zeilen zu 610 Pf., 305-309 Zeilen zu 620 Pf., 310-314 Zeilen zu 630 Pf., 315-319 Zeilen zu 640 Pf., 320-324 Zeilen zu 650 Pf., 325-329 Zeilen zu 660 Pf., 330-334 Zeilen zu 670 Pf., 335-339 Zeilen zu 680 Pf., 340-344 Zeilen zu 690 Pf., 345-349 Zeilen zu 700 Pf., 350-354 Zeilen zu 710 Pf., 355-359 Zeilen zu 720 Pf., 360-364 Zeilen zu 730 Pf., 365-369 Zeilen zu 740 Pf., 370-374 Zeilen zu 750 Pf., 375-379 Zeilen zu 760 Pf., 380-384 Zeilen zu 770 Pf., 385-389 Zeilen zu 780 Pf., 390-394 Zeilen zu 790 Pf., 395-399 Zeilen zu 800 Pf., 400-404 Zeilen zu 810 Pf., 405-409 Zeilen zu 820 Pf., 410-414 Zeilen zu 830 Pf., 415-419 Zeilen zu 840 Pf., 420-424 Zeilen zu 850 Pf., 425-429 Zeilen zu 860 Pf., 430-434 Zeilen zu 870 Pf., 435-439 Zeilen zu 880 Pf., 440-444 Zeilen zu 890 Pf., 445-449 Zeilen zu 900 Pf., 450-454 Zeilen zu 910 Pf., 455-459 Zeilen zu 920 Pf., 460-464 Zeilen zu 930 Pf., 465-469 Zeilen zu 940 Pf., 470-474 Zeilen zu 950 Pf., 475-479 Zeilen zu 960 Pf., 480-484 Zeilen zu 970 Pf., 485-489 Zeilen zu 980 Pf., 490-494 Zeilen zu 990 Pf., 495-499 Zeilen zu 1000 Pf.

Spaltung der U. S. P.

Das Vorspiel in Württemberg.

Stuttgart, 4. Oktober. (WZS.) Auf der Landesversammlung der U. S. P. Württemberg, die Sonnabend und Sonntag in Cannstadt stattfand, wurde die Spaltung der Partei vollzogen. Nach hitziger Debatte über den schließlich angenommenen Antrag der Anhänger der Moskauer Bedingungen, den Landesvorstand neu zu wählen, verließen etwa 70 Delegierte den Verhandlungssaal, während die Anhänger Moskau, 170 Delegierte, weiterarbeiteten. Während Stöcker über die dritte Internationale referierte, schlug ein Herr, Crispian, der mit der Minderheit gegangen war, zur Erhaltung seines Referates zu bewegen, fehl. Die Minderheit trat in einem anderen Lokal und erließ eine Kundgebung, in der sie sich als die rechtmäßige U. S. P. Württemberg erklärte, und dem bisherigen Landesvorstand das Vertrauen auspricht.

Die Kasse ist leer . . . Es lebe Moskau!

Stuttgart, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Sonnabend und Sonntag fand im Verein von Crispian und Stöcker eine außerordentliche Landesversammlung der U. S. P. statt. Die gleich am ersten Tage die endgültige Spaltung brachte. Nach heftiger Geschäftsordnungsdebatte sprach die Versammlung der Anhänger Crispians und des Landesvorstandes schon mit اکثرsten 11 Stimmen das schärfste Mißtrauen aus. Dann stellte der Kassierer fest, daß

die Kasse leer sei

und die Delegierten zum Parteitag erst nach Leistung eines Guthabebetrages insstandesetzt werden könnten. Das Kundschreiben des Zentralvorstandes betreffend die Urwahlen der Parteitagdelegierten wurde als höchst schlimmer Akt bezeichnet und dessen Beachtung abgelehnt. Der Landesvorstand verlangte darauf, daß ihm Gelegenheit zur Erstattung eines Tätigkeitsberichts gegeben würde. Das wurde mit 111 gegen 88 Stimmen abgelehnt. Dem Landesvorstand wurden die schlimmsten Schimpfworte wie Dreißigjährigenpolitiker usw. zugerufen. Als der weitere Antrag der Minderheit, die Versammlung auf eine halbe Stunde zu verlagern, mit 187 gegen 68 Stimmen abgelehnt wurde, verließen die Anhänger Crispians und des bisherigen Landesvorstandes den Saal unter ungeheurem Lärm. Es war aber nur ein kleines Häuflein, 45 von insgesamt 217 Delegierten, ferner zwei Redakteure des Stuttgarter „Sozialdemokraten“, ein Teil der Prekommission, mehrere Abgeordnete usw. Das moskautreue Parteiparlament tagte weiter und lud den Zentralvorstand

Crispian zur Erstattung seines Moskauer Referates ein. Crispian verlangte Aushebung der bisher von der Landesversammlung gefassten Beschlüsse, was jedoch von der Versammlung abgelehnt wurde. Dann hielt Stöcker sein Referat, in dem er die ungünstigen russischen Zustände gar nicht selbst zu diskutieren wagte, gleichwohl aber den Anschluß an Moskau empfahl. In der Aussprache kam eine gegenseitige Ansicht nicht mehr zum Ausdruck. Bedauert wurde, daß die Parteispaltung nicht schon früher erfolgt wäre. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, die vom Parteitag den Anschluß an Moskau fordert, das Stuttgarter U. S. P.-Platz als Organ der Moskautreue proklamiert und vom Parteitag eine scharfe Verurteilung des Regierenden Crispians aus der Landesversammlung erwartet. Schließlich wurde ein neuer moskautreuer Landesvorstand gewählt. Die Wähler der württembergischen U. S. P., darunter Crispian, befinden sich fast ausnahmslos bei der Minderheit, die am Sonntag für sich tagte, über deren Beschlüsse zur Stunde Genaueres aber noch nicht vorliegt.

Die U. S. P.-Urwahl in Berlin.

Am gestrigen Sonntag fand in Groß-Berlin die Urwahl der Delegierten zum Parteitag der U. S. P. in den einzelnen Distrikten statt. Ueber das Ergebnis ließ sich bis Schluß des Blattes nichts Endgültiges in Erfahrung bringen. Immerhin zeigt es sich, daß die Mehrheit der Moskautreue innerhalb der unabhängigen Parteimitgliedschaft in der Reichshauptstadt doch nicht so überwältigend ist, wie man es nach den Abstimmungen in den einzelnen Distrikten während der letzten Wochen annehmen konnte. In einzelnen Distrikten haben sogar die Gegner der Moskauer Bedingungen eine kleine Mehrheit behalten. In den anderen, zum Teil sogar in denen, die seit jeher als besonders radikal angesehen wurden, verfügt der rechte Flügel noch immer über eine starke Minderheit. Offenbar hat die unter der Leitung der „Freiheit“-Redaktion in der letzten Woche unternommene kräftige Gegenaktion insofern gewirkt, als ein guter Teil derjenigen Unabhängigen, die sich in den Mitgliederversammlungen bei der Abstimmung nicht recht trauen gegen die Bedingungen zu stimmen, bei der geheimen Urwahl ihren Mut wiederfanden. So hat in Neukölln, einer alten Hochburg der Radikalfreien, die Wahl folgendes Ergebnis gehabt: Für die Annahme der Moskauer Bedingungen 2800, gegen Moskau 2200 Stimmen. Alles in allem ist mit einer Mehrheit von etwa 60 Proz. in Groß-Berlin für Moskau zu rechnen.

Die Notlage der Arbeiterschaft.

Eine Besprechung beim Reichspräsidenten.

Aus den verdrücktesten Gegenden Deutschlands sind bei dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Beschwerden und Anträge eingelaufen, welche eine unbegründete Stilllegung von Betrieben, die Fürsorge für die Arbeitslosen, die Frage des Preisabbaus und die Lebensmittelfürsorge, besonders die Versorgung mit Kartoffeln sowie die Frage der Steuerabläge zum Gegenstand hatten. Am Sonnabend, dem 2. Oktober wurden in einer Sitzung beim Reichspräsidenten, in der das Reichsernährungsministerium und das Reichsarbeitsministerium vertreten waren, diese Fragen eingehend vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dargelegt. Eine ausgiebige Besprechung zeitigte folgendes Ergebnis:

1. Eine Verordnung, betreffend Abbau und Stilllegung von Betrieben geht vom Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium in den nächsten Tagen dem Reichstag zu. Diese neue Verordnung dürfte den Wünschen der Arbeiterschaft im wesentlichen gerecht werden.
2. Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge werden in letzter Zeit ausgiebig in Anspruch genommen und über das bisher vorgesehene Maß hinaus zur möglichst weitestgehenden Arbeitslosigkeit verwendet werden. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, dem die Erledigung der einschlägigen Anträge im einzelnen obliegt, wird sein Möglichstes tun zur beschleunigten Erledigung. Dabei sollen diejenigen Bezirke und Industrien, welche gegenwärtig vornehmlich Not leiden, besondere Berücksichtigung finden. Durch Kabinettsbeschlüsse sind bereits sämtliche Reichs- und Staatsbetriebe angewiesen, alle nur möglichen Beschäftigungen jeht herauszugeben.
3. Die Unterstützung der Arbeitslosen wird gegenwärtig erhöht. Zurzeit kommen die bereits vor mehreren Wochen bewilligten befristeten Zuschüsse für langfristige Erwerbslose mit Familie zur Auszahlung. Die vom 5. Ausschuss des Reichstages eingesetzte Unterkommission hat mit dem Arbeitsministerium über die Anpassung der Arbeitslosenunterstützung an die Bedürfnisse des Winter am 1. Oktober beraten. Das Ergebnis dieser Beratung,

das auf eine Erhöhung der laufenden Unterstützung für die Wintermonate hinausläuft, wird in den nächsten Tagen Gegenstand einer Kabinettsberatung sein.

4. Die Regierung ist in letzter Zeit mit Erfolg bemüht, mit Hilfe des Zusammenflusses der Produzenten auf der einen Seite und der gewerkschaftlichen Verbände als Arbeitnehmerorganisationen auf der anderen Seite die Preise wichtiger Verbrauchsgegenstände zu verbilligen. Bei den Eisenbahnern ist diese Aktion schon in Wirklichkeit getreten. Sie wird in aller nächster Zeit weitere Anwendung finden.

5. Am 28. September kam zwischen Führern der Landwirtschaft, des Handels und der Arbeiterschaft eine Vereinbarung zustande, wonach ein Preis von 20 M. je Zentner Kartoffeln Erzeugerpreis in keinem Falle überschritten und dort, wo es die örtlichen Produktionskosten gestatten, dieser Preis nach Möglichkeit gesenkt werden soll. Diese Vereinbarung hat eine gewisse Verbilligung hervorgerufen. Alles kommt aber auf ihre entsprechende Durchführung in den einzelnen Reichsteilen an. Die Ernährungsminister der einzelnen Länder sind deshalb vom Reichsernährungsministerium bereits schriftlich und auf der Ernährungskonferenz der Minister, die am 1. Oktober in Berlin tagte, auch mündlich ersucht worden, ihrerseits auf das Zustandekommen örtlicher Vereinbarungen im Sinne des Abkommens vom 28. September mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Dabei soll insbesondere angestrebt werden, daß nach Vorgängen in einzelnen Teilen des Reichs durch diese Vereinbarungen eine vorwiegend billigere Belieferung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kartoffeln sichergestellt wird. Diese Bestrebungen sollen nach Möglichkeit weitergeführt und ausgebaut werden. Einem wucherischen Einkauf von Kartoffeln wird vom Reichsernährungsministerium mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Einschlägige Fälle sollen sofort zur Anzeige gebracht werden.

Agarabewegung in Sizilien?

Rom, 4. Oktober. (Meldung des Holländisch Niemeubureaus.) Aus Palermo wird gemeldet, daß die Bauern einen Großgrundbesitz, welcher brach lag, besetzt haben. Sämtliche Großgrundbesitze in Sizilien sind jetzt von den Arbeitern und Bauern besetzt worden.

Zum Betriebsrätekongress.

Von Clemens Körpöl

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) einberufen, tritt am Dienstag in Berlin der erste Kongress der gewerkschaftlichen Betriebsräte zusammen. Er bedeutet eine neue Etappe in der deutschen Arbeiterbewegung, und von dem Ausgang seiner Beratungen kann ein Strom des Segens für die Arbeiterschaft ausgehen. Ob das der Fall sein wird, hängt allerdings von der Einsicht der Teilnehmer in die politischen und wirtschaftlichen Zustände ab. Es ist nützlich, in diesem Augenblick einen Rückblick auf die Entwicklung der Rätefrage in Deutschland zu werfen. Die Resolution hatte zwei Körperchaften geschaffen: einmal die politischen Arbeiter- und Soldatenräte, welche die Leitung des Staates nach dem Willen der Volksmehrheit sicherstellen sollten, und zweitens die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, die damit betraut wurden, der Wirtschaftsanarchie durch Arbeiterkontrolle ein Ende machen zu helfen.

Die politischen Arbeiterräte hoben auf dem zweiten Rätekongress im Dezember 1918 dem deutschen Volke das demokratische Wahlrecht gegeben und damit die Befreiung des Volkswillens sichergestellt. Gegen die Tätigkeit der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse wurde von dem wieder erstarkenden Unternehmertum ein immer größer werdender Widerstand organisiert, so daß die Arbeitnehmer gezwungen waren, durch große Streiks die Existenz der geschaffenen Betriebsvertretungen zu sichern und der Regierung die Anerkennung der Betriebsvertretungen in der Verfassung abzurufen.

Von den Gewerkschaften wurde der Kampf für die Betriebsräte mit aller Energie aufgenommen. Sie hatten erkannt, daß eine Regelung der Wirtschaft nur möglich ist, wenn Arbeiter und Angestellte die Kontrolle der Produktion selbst in die Hand nehmen. Allerdings hat die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung dem Betriebsrätegesetz ihren Stempel aufgedrückt. Trotzdem nahmen nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes die Gewerkschaften die Wahl für die Betriebsräte energisch in die Hand. Von vornherein war kein Zweifel darüber gelassen worden, daß das Betriebsrätegesetz den Wünschen der Arbeitnehmer nicht entspricht.

„Kampf gegen den kapitalistischen Betriebsabsolutismus.“ Die unter dieser Parole durchgeführten Wahlen führten zu einem großen Erfolg. Sofort nach Durchführung der Wahlen gingen die Gewerkschaften wiederum an die nunmehr notwendige Zusammenfassung der Betriebsräte, die bekanntlich im Betriebsrätegesetz selbst nicht vorgesehen ist. Die Gewerkschaften taten dies in der Erkenntnis, daß der einzelne Betriebsrat eine Kontrolle der Produktion oder eine Übernahme der Wirtschaft nicht vornehmen könne, sondern daß dies Aufgabe der Allgemeinheit für die Allgemeinheit sein muß. Es erschienen sodann die Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa, welche den Betriebsräten die ganze Macht der Gewerkschaften zur Verfügung stellen, um auf dieser Grundlage die Durchführung ihrer Aufgaben zu beginnen. Ein Arbeitsplan wurde aufgestellt, in dessen letztem Absatz es heißt:

„Im Hinblick auf den vorstehenden Aufgabenkreis ist ein getrenntes Arbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften völlig undenkbar. Nur das enge Zusammenwirken beider Teile der Arbeiterbewegung kann zum Erfolg führen. Je gründlicher die Arbeiter und Angestellten in das Wesen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft eindringen und je sachkundiger sie dem Unternehmer entgegengetreten, um so unüberwindlicher wird die Macht der Arbeiterklasse.“

Außerdem wurde jetzt der Betriebsrätekongress einberufen, durch den der Wille der Betriebsräte und die Richtlinien für die weitere Arbeit festgestellt werden sollen. Alle diese Maßnahmen wurden von dem Unternehmertum und keiner Presse mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Das „Berliner Tageblatt“ widmete diesen Maßnahmen der Gewerkschaften einen längeren Leitartikel, der trotz seiner objektiven Darstellung der Vorgänge zwischen den Zeilen die große Besorgnis nicht unterdrücken konnte, daß die Arbeiterschaft endlich auf dem richtigen Wege sei. In diesem Artikel wurde unter anderem geäußert:

„Es ist sicher anzunehmen, daß die freien Gewerkschaften, die in allen diesen Dingen völlig einig sind — ohne Unterschied der politischen Stellung ihrer Leitung zu den sozialistischen Parteien — mit ihrer oft erprobten Gründlichkeit an die Ausführung dieses Programms gehen werden; die zahlreichen Betriebsräte und die ersten Nummern der „Betriebsrätezeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit zahlreichen instruktiven Beiträgen über wirtschaftliche Fragen aller Art zeigen, daß die Arbeiterbewegung mit vollem Bewußtsein den Einzug in die praktische Wirtschaftspolitik hält; die zeitweilig drohende Gefahr des Syndikalismus, die der Rätebewegung bis zu einem gewissen Grade innewohnt und durch das Betriebsrätegesetz in mancher Beziehung verdrängt wurde, wird

Schlüsse, die durch die groß eingeleitete Verbindung von Betriebsräten und Gewerkschaften gebannt werden.

Die Wirtschaftskrise hat durch die Rücksichtslosigkeiten engstirnigen Maßnahmen der Unternehmer mittlerweile einen Umfang angenommen, der zum Ruin der deutschen Wirtschaft führen muß. Wiederum gingen die freien Gewerkschaften der Arbeiterklasse als Bannerträger voran. Die Arbeiterklasse infolge der Art ihrer Beschäftigung in die Geheimnisse der kapitalistischen Wirtschaft nicht eindringen und ist deshalb allein nicht imstande diese Verhältnisse zu meistern, während die Angestellten, in deren Händen alle Fäden zusammenlaufen, ohne weiteres das Material zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung gemeinsam mit der Arbeiterklasse liefern können. Die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ hat daher die Angestellten aufgefordert, gemeinsam mit den Arbeitern die Kontrolle der Produktion zu übernehmen und den Arbeitern alles dazu notwendige Material und alle Angaben zu liefern.

Aus allen diesen Maßnahmen ergibt sich für jeden, der bereit ist, daran mitzuarbeiten, die Übernahme der Produktion in den Besitz der Allgemeinheit durchzuführen, daß von den Gewerkschaften von Anfang an der richtige Weg zielbewußt eingeschlagen worden ist und nur übrig bleibt, daß Arbeiter und Angestellte mit aller Energie und einmütig diese Maßnahmen unterstützen.

Teile der Arbeiterklasse sind allerdings Anhänger einer selbständigen Aktion. Sie wollen die Betriebsräte ihrer festen Grundlage berauben, auf der allein eine Durchführung der gewaltigen Aufgaben möglich ist. In einem Aufruf der Zentrale der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin wird als Ursache dieser selbständigen Organisation bezeichnet, „die Betriebsräte zu revolutionären Organen des Kampfes um die Kontrolle der Produktion und zu Kampforgeanen der Arbeiterklasse zur Niederwerfung der Widerstände des Unternehmertums und des kapitalistischen Staates“ zu machen.

Das sind nun aber Forderungen, die zum Programm der Gewerkschaften gehören und schon zum größten Teile durchgeführt wären, wenn eben nicht die einheitliche Front der Arbeiterklasse durch die Semiprotestaktionen geschwächt würde. Heute, in der Zeit der Wirtschaftskrise, haben die Führer der selbständigen Räte, die Däumla, Malachuk, Müller, Wegmann und Genossen nichts Besseres zu tun, als die deutsche Arbeiterbewegung unter das Diktat der russischen kommunistischen Internationalen zu bringen. Daß sie den Untergang der deutschen Arbeiterbewegung beschleunigen würden, wenn es ihnen gelänge, ihr Ziel zu erreichen, stört sie nicht.

Der Betriebsrätekonkurrenz kann wertvollste Arbeit leisten, wenn die Delegierten mit dem Ernst an ihre Aufgaben heranzutreten, der der Situation anzuehmen ist. Die von den Gewerkschaften vorgenommenen Maßnahmen zu prüfen und sie dann einheitlich durchzuführen wird seine historische Aufgabe sein. Nur dann wird sich aus dem Chaos der konfusesten Wirtschaft der Übergang zur sozialistischen Wirtschaftsordnung vollziehen, durch die allein Volk und Staat gefunden können.

Der Ansturm von rechts.

Während man in der Arbeiterbewegung in mehr oder minder stürmischer Weise mit inneren Problemen beschäftigt ist, bemerkt man viel zu wenig, daß die Rechte in systematischem Kampf darauf ausgeht, die sozialdemokratische Arbeiterklasse von einer errungenen Position nach der andern zurückzudrängen und eine bürgerliche Regierung unter Führung der äußersten Reaktion aufzurichten. So zeigen sich in der „Täglichen Rundschau“, Herr Rippler, in der „Kreuzzeitung“ Graf Weisner bemüht, den bürgerlichen Parteien die Idee einer bürgerlichen Regierung unter Ausschluß der Sozialdemokratie in Preußen und im Reich zu lancieren. Beide operieren mit genau

denselben Argumenten, was auf einen verbreiteten Feldzugsplan schließen läßt.

Die Sozialdemokratie, heißt es da, wolle die Räte des Winters und den Zerfall der U. S. V. benutzen, um im Frühjahr in gleichzeitigen Reichs- und preussischen Wahlen den Massensturm auf die bürgerliche Gesellschaft zu unternehmen. Dagegen wird den bürgerlichen Parteien der Zukunftssehnsucht gebrüht und der Zerfall des Reiches als Folge der „unsinnigen Regierungspolitik der Sozialdemokratie in Preußen“ an die Wand gemalt. (Rippler.) Daher erscheint die Ausschaltung der Sozialdemokratie von der Regierung und ihre Verweisung in die Minderheit als Aufgabe des kommenden Wahlwinters. (Weisner.)

Der Plan geht von der richtigen Voraussetzung aus, daß mit der dauernden Befestigung der bürgerlichen Regierung im Reich und mit der Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der Regierung des größten Bundesstaates der Reaktion freie Bahn geschaffen wird. Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung muß es sein, diesen offen dargelegten Plänen der Reaktion durch eine kluge und energische Politik zu begegnen. Daß durch die bisher geübten Methoden der Selbstverteidigung nichts erreicht, sondern nur dem Gegner eine Position nach der andern in die Hände gespielt wird, macht der bisherige Gang der Ereignisse auch dem Blindesten klar. Der Kasseler Parteitag muß zum Signal einer neuen Einigung zum gemeinsamen Kampf der Arbeiterbewegung gegen rechts werden!

Dem Verdienste seine Krone.

Die Tel.-Union meldet, daß der Oberst Freiherr v. Ledebur, früher Kommandeur des Reichswehr-Infanterie-Regiments Nr. 18 unter Verteilung des Charakters als Generalmajor nunmehr aus dem aktiven Militärdienst ausgeschieden ist. Wie die Tel.-Union erfährt, erfolgte die Verabschiedung lediglich auf Grund der großen Verringerung der Armee, die bis zum 1. Oktober d. J. durchgeführt sein mußte. Die feierzeit gegen den Obersten Freiherrn v. Ledebur anlässlich der Würdigung erhabenen Ansehens und Verdienste waren Gegenstand der Untersuchung beim Reichsgericht und haben sich angeblich als völlig heillos erwiesen.

Der Oberst v. Ledebur war jener Herr, der sich bereit erklärte, zwischen 8 und 9 jeden Eid zu brechen, den er zwischen 7 und 8 geschworen hätte. Er hat auch während des Kapp-Putsches Wort gehalten. Das Reichsgericht, dessen Entscheidungen immer mehr zur Untergrabung des letzten Restes von Rechtsgefühl im Volke beitragen, hat diese feierzeit von niemandem in Abrede gestellte Aussage des schuldigsten Obersten offenbar als ganz in der Ordnung befunden und Herr Gehler hat sich daraufhin bereit, ihn zum Abschied auch noch zu befördern.

Die Säuerung unter den Beamten.

In drei großen, stark besuchten Versammlungen protestierten gestern die Reichs- und Staatsbeamten gegen die beamtenfeindliche Politik der Reichsregierung insbesondere gegen die Haltung des Reichsfinanzministers Dr. Brüning.

Im Rieglervereinshaus referierte der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Kemmer, die verhängnisvolle Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Beamten dränge zur Katastrophe. Wenn nicht endlich alles getan werde, um den Beamten eine ordentliche Lebenshaltung zu sichern, so sei zu befürchten, daß auch sie von dem Geist der Korruption vergiftet würden, und das würde Deutschlands Untergang sein, denn ohne eine pflichttreue und fleißige Beamtenschaft sei an einen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht zu denken. Die Regierung müsse ihre Sparpolitik auf alle Klassen gleichmäßig anwenden. Vor allem wollten die Beamten nicht länger das bleiben, was sie bislang leider hätten sein müssen: Rechte, die nur zu gefordert hätten. Der Regierung scheint es aber nicht sonderlich ernst damit zu sein, den Beamten ihr gesetzlich zustehendes Mitspracherecht zu gewähren, denn bisher seien die Verhandlungen über die Beamtenräte noch nicht vom Tisch gekommen. Wenn man den Beamten schon kein Geld bewilligen könne, so solle man ihnen wenigstens nicht ihre gesetzlich zustehenden Rechte vorenthalten.

fürchteten Elends nicht wenig schließende Begegnung. Bald sind es dreißig Männer und Frauen. Eine Ungerechtigkeit, die dem Postarbeiter Altersversorgung gewährte, aber noch den freien Künstler von solcher staatlichen Sorgfalt ausschloß, wurde für ein Stücklein der Würdigung abgetan. Heute ist die älteste Insassin des Heims eine Reizgebinde, die mit Mühsal dem hundertsten Lebensjahre zuwandert. Ihr männlicher Nachbar ist nicht viel jünger.

Das Weimarer Marie-Seebach-Stift wurde durch Fürstengunst begnadet. Es wurde von einer Frau begründet, die in solcher Gnade höchste Erbauung fand. Der fürstliche Beschützer des Werkes und seine „unkritische“ Verehrerin konnte aber nicht verhindern, daß die junge Zeit auch heimlich in dieses Altersheim eindringen will. Die junge Zeit hat der Verfassung und inneren Verwaltung des Heims manche Veränderung bringen müssen und bringen können. Die Aufsichtsräte und höchsten Berater, die allein daran dachten, daß diesem Hause der Charakter einer mildtätigen Stiftung bewahrt bleibe, mußten ihr Geld schärfen und heilwürdiger auf die zarteren Regungen ihrer Schützlinge achten. Alte Leute, die in Schüssel und Gemüt das Weltenele der letzten Jahre verführt haben, sollen heute langsam mit größeren Freuden allerhand Natur beschenkt werden. Das wünschen die Räte, die heute dem Weimarer Altersheim besonders dienen. Der Kurator Holz, ein junger, fröhlicher Schauspieler sonst im praktischen Leben jedoch ein vorzüglicher Buchhalter, Einkäufer und Unterhändler, will überall reformieren. Und ihn unterstützt die Genossenschaft der deutschen Bühnenangehörigen, die als Testamentvollstreckerin der menschenliebenden Marie Seebach jene Räte sammelt, die dem Weimarer Werk und Gedanken das fürstliche Dasein und die beste Zukunft sichern.

Ein Moorfund bei Bremerörde. In den weiten Torfmooren Niederachens, die schon zu manchen wichtigen vorgezeichneten Fund hergegeben haben, sind von Hans Müller-Crauel neue vorgezeichnete Geräte entdeckt worden. Aber die, er in der Reichs-Riederschiffen berichtet. Der wichtigste dieser Funde ist ein Holzgerät von vorläufig unbekannter Art und Gebrauchsbestimmung, im Aussehen einem gewöhnlichen Sackpfeifen ähnlich, der aber in der Rechenmitte einer 7 Zentimeter festen Dorn hat. Die ganze Länge des Geräts beträgt 41 Zentimeter. Mit diesem Gerät stammten wurden eine nur in Bruchstücken erhaltene Polyzidale und ein im Durchmesser 60 Zentimeter großer und etwa 13 Zentimeter hoher Trichter aus Holz gefunden. Es gelang dann das weitere, noch ein gleiches schiffenartiges Stück ans Licht zu fördern und zwei weitere Holzgeräten, die man vielleicht als „Mühlenteine“ antworten kann. Alle Holzgerätschaften sind aus festem Buchenholz gearbeitet und gut erhalten; sie wurden, der vorgezeichneten Abteilung des Provinzialmuseums übergeben, um dort wissenschaftlich ausgewertet zu werden. Wahrscheinlich gehören sie der Bronzezeit an.

Als zweiter Redner forderte auch von der Gewerkschaft der Reichseisenbahner die Erhöhung der Leuzungszuschläge für die unteren Gruppen des Beamtenschaftsbesoldungsbesoldungs, die zum großen Teil nicht einmal das statistisch festgelegte Existenzminimum erhalten. Es handelt sich hier fast durchweg um die einfachen Beamten in den unteren und untersten Stellungen. Um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen, mühten sich die Beamten zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen und das sei der Deutsche Beamtenschaft. Ihnen sei nicht nur die Besoldungsreform, sondern auch eine gründliche Organisationsreform. Sie mühten gewerkschaftlich denken lernen, gewerkschaftliche Disziplin üben, sekundäre Opfer für ihre Organisation zu bringen bereit sein. Ueberzeugungstreue fehle ihnen noch in weitem Maße und ohne Solidarität könne der Existenzkampf der Beamten niemals zu einem siegreichen Ende geführt werden.

In sämtlichen Versammlungen wurde eine Entschließung angenommen, in der ausreichende Erhöhung der Leuzungszuschläge bis zum Abbau der Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, ferner die sofortige Errichtung der Reichszentrale für Beamtenfragen gefordert und Verwahrung eingelegt wird gegen die von den Regierungsvertretern beliebige Verhandlungsmethode — die Beamtensprecher sollten die Meinung des Herrn Regierungsvertreters anhören und dann geben dürfen — gegenüber den Beamtensprecher in der Frage des Beamtensprecherbesoldungs.

Protestversammlung der Postsekretäre.

Der Bund der geprüften Sekretäre und Obersekretäre der Reichspost- und Telegraphenverwaltung veranstaltete gestern abend im überfüllten Plenarsaal des Herrenhauses eine Kundgebung gegen die Besoldungsordnung. Der Referent des Abends, Obersekretär Wischmann, führte aus, daß die früheren Obersekretären in die Klasse VII, die geprüften Sekretäre in Klasse VIII und die Obersekretäre in Klasse IX eingereiht werden mühten. Nach der Besoldungsreform befinden sich diese drei Beamtensprecherkategorien in den nächsttieferen Klassen. Die Zusammenrechnung von geprüften Beamtensprecher mit nichtgeprüften in eine Besoldungskategorie hätte eine solche Erbitterung in den Kreisen der zweimal geprüften Beamtensprecher hervorgerufen, wie sie in der Beamtensprechergeschichte bisher unbekannt gewesen wäre. Die Zurücksetzung der Sekretäre mühte unbedingt beseitigt werden, wenn Ruhe in der Beamtenschaft eintreten soll. Der Referent vorschlag, der inzwischen als Regierungsvorlage dem Besoldungsausschuß des Reichstags zugegangen ist, sei in der vorliegenden Form unerschütterlich und unannehmbar. Die Regierung sei gewarnt. An den Reichstag richtete er die Forderung, er möchte den geprüften Sekretären und Obersekretären zu ihrem Recht verhelfen.

Vom Versammlungsleiter, Obersekretär Faust, wurde Mitteilung von einer Einladung gemacht, die er rechtzeitig an den Reichsfinanzminister hatte ergehen lassen. Der Reichsfinanzminister war um Entsendung eines Vertreters, der in der Lage gewesen wäre, die Wünsche der Beamtensprecher entgegenzunehmen gebeten worden. Der Vorsitzende stellte fest, daß das Finanzministerium keinen Vertreter entsandt habe. Diese Feststellung wurde mit großer Unruhe aufgenommen.

In der Diskussion versicherten Vertreter der Eisenbahn und anderer Postbeamtensprecherorganisationen ihre Solidarität mit den Forderungen der geprüften Sekretäre und Obersekretäre der Postverwaltung. Nach Beendigung der Diskussion wurde eine entsprechende Entschließung einstimmig angenommen.

Die weltliche Schule.

Aus Herne i. W. wird uns geschrieben: Im Juni d. J. arrangierten die Katholiken von Herne einen Schulkreis, um einige Lehrer, welche die Erziehung des Religionsunterrichts ablehnten, zu beschäftigen. Die Folge war, daß zunächst eine weltliche Schule mit zwei Klassen eingerichtet wurde. Nun haben sich circa 800 Kinder für die Aufnahme in die weltliche Schule gemeldet. Es sind daher zum 1. Oktober zwölf weitere Klassen eingerichtet worden, so daß nun hier eine weltliche Schule mit 14 Klassen besteht. Das Lehrerkollegium besteht aus 12 Lehrern und zwei Lehrkräften. Zu Ostern 1931 wird mit der Einrichtung noch weiterer Klassen gerechnet. Bezeichnend ist, daß die bürgerliche Mehrheit in der Schuldeputation, gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter, diese weltliche Schule unter die Aufsicht der katholischen Kreisschulinspektion stellte.

Die „Volkshöhle Norden“ wird am 5. Oktober im Konzerthaus Pinder-Park, Breitenstr. 34, mit Hauptmanns Diebstahldiebe „Der Überpeiß“ eröffnet. Vorstellung werden wöchentlich drei Vorstellungen gegeben: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag. Die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig rund 2000. Die Höchstzahl der Mitglieder kann nur 3000 betragen. Das Theater ist auf derselben Grundlage wie die Freie Volkshöhle Berlin aufgebaut und arbeitet in engster Fühlung mit ihr. Neben den Vorstellungen des Theaters werden noch Gaspiele zum Staatskampfevents gegeben werden.

Schnapsparatien.

Der Rufel ist des Lebens Krone die Tagesstellung, sagt daß wer sich im Sauf weilt gänzlich ohne streng weist sie ihn von ihrer Tür. Er wackelt nicht auf als edler Acker, der Sozialist, der Schlichte Christ! Des Rufels Tod mit der Sparier, wenn wirklich seinen Blute er ist.

Zwar meint sein Stammesbaum stark nach Osten, wo ein der Ahn die Kunde kam, doch müht er — immer auf dem Posten — den nationalen Ueberwinnung. Was sind ihm denn Kartoffeln, gedeiht im Stall nur Schweinefleisch? Und freilich gelobt er jeden Morgen: „Ich brenne Freie Welt zur Ehr!“

Ein braves Volk im Brautweimel duckt gern sich unter Herrenhand, nie greift es nach den Kettenhebel — und Hege stellt man an die Wand. Nur Rufel ist des Lebens Ordnung, der Untertanen wackelt Brot. So spricht mit rauchgelehrt Tönung der Logozetunspatriot. Scharaff.

Der Kampf um Einsteins. In der am 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Brauner Saal des Weitehof-Gebüdes, Köhlerstr. 28 II, stattfindenden Versammlung der Wissenschaftlichen Gesellschaft hat Regierungsrat Dr. Friede einen allgemein verständlichen Vortrag: Gedanken gegen die Einsteinsche Relativitätstheorie. Freie Kundgebung sollte willkommen.

Ueber künftige Verfassung und Reichsstaatsumwandlung unter Berücksichtigung der Eisenachischen Entschlüsse hält August Friedrich am 7. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, 33 Landstr. 9/10, einen Vortragsvortrag.

Die Kunstausstellung Der Sturm zeigt im Oktober in einer großen graphischen Ausstellung 200 Arbeiten von 35 Malern.

Die erste bayerische Ringpistolen-München-Frankfurt a. M., wurde am Sonnabend mit vier Kumpel-Fluggenossen von München aus eröffnet.

Das Altersheim der Schauspieler.

Von Max Hochdorf.

In Weimar leben alte Schauspieler und Bühnenkünstlerinnen, die von der Obhut ihrer noch kräftigen Kameraden behütet werden. Ihre Heimat ist das Marie-Seebach-Stift, das auf der Tiefenfurter Allee liegt, jenem beinahe geheiligten Orte, den Goethe oft nahm, wenn er der beengenden Luft der kleinen Stadt entziehen und zur Weite der Gedanken und Träume kommen wollte. Diese greisen, heute nicht mehr arbeitsfähigen Schauspieler bilden eine besondere, nach Aufmerksamkeit verlangende Gesellschaft. Sie alterten nicht im Alltag des Handwerks oder der Kontorstube. Sie alterten in der Sehnsucht nach der Unsterblichkeit. Sie haben manchen Traum verwirklicht, sie haben die weißen begraben. Sie werden sich in den ersten Oktobertagen an einen festlich gedeckten Tisch setzen, um daran erinnert zu werden, daß Frau Marie Seebach, ein Genie ihrer Kunst, vor 25 Jahren das Weimarer Altersheim gegründet hat, um die Sorge und die Trübsal der entkräfteten Schauspieler aus der Welt zu schaffen.

Marie Seebach war sehr glücklich und erfolgreich in ihrer Kunst. Sie mußte dies in ihrem Frauenleben erdulden. Nachdem ihre Ehe mit dem berühmten Wagner-Sänger Niemann gelöst war, warf sich all ihre Bärtlichkeit auf den Sohn. Der Sohn wuchs heran, ein schöner, junger Mann, ein Maler, dessen Geschmeidigkeit auffällig und blendend wirkte. Der besten Zukunft schien der junge Mann entgegenzugehen. Da schiederte es ihn auf das Krankenlager. Er wurde bald begraben. Die trostlose Mutter hegte fortan nur den Wunsch, würdig dem Andenken des vergötterten Sohnes zu dienen. Sie tat es auf eine schöne und bewundernde Art. Sie gründete mit dem Geld, das diesem Sohn gehört hätte, ein Heim für alte Schauspieler, und auch für die Erziehung armer Schauspielerkinder gab sie bedeutende Geldsummen her. Mit den Spenden ihrer Freigebigkeit sollen Talente der Vollendung und dem Erfolge entgegengeführt werden.

Das ist alles sehr edel gedacht. Und darum verzeiht man es der verdöhlten Frau gern, daß sie allzu ehrerbietig an den romantisch-byzantinischen Gebräuchen ihrer Zeit haftete. Ein phantastisch-festliches Gemüt treibt sie, von dem Weimarer Fürsten alle Günst zu erhoffen, die ihr Werk der Menschenliebe braucht. Sie findet sich in den Formen der Vormerkigkeit nur zurecht, wenn es höchste Formen sind. Sie wendet sich in Untertänigkeit an den Großherzog von Weimar und in Ehrerbietung an Hausminister und Hofmarschälle und hat doch ein gesundes Herz und den klaren Sinn, der mit Hypotheken und Bankrechnungen beratt umgeht, daß etwas Vernünftiges und Fruchtbares dabei herauskommt.

Wald ist ihr Schauspielerhaus unter Dach und Fach. Die ersten Kreise und Kreisläufer ziehen ein. Sie finden anstatt des ge-

